



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	3
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	3
Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten	4
Doppelmoral auf höchster Ebene	4
Brandmauerpolitik endlich beenden und mit AfD reden	4
Regionalgruppe Bautzen	5
Aktion zur Mitgliedergewinnung	5
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	6
Druckausgabe Blaue Post Bautzen	6
Archiv Blauer Rundbrief	7
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 19.7.2026	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.7.2026	10
8 von 10 Kliniken in Gefahr – sächsische Krankenhäuser sichern!	10
Wirtschaftskrise: Kretschmers »Anspruch auf Bildungsurlaub« ruiniert sächsische Unternehmen	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.7.2026	11
John Rudat müsste heute wieder zum „Helden von Dresden“ werden	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.7.2026	12
Michael Kretschmer ist „Mr. Brandmauer“ / Jörg Urban empfiehlt CDU-Mitgliedern den Parteiaustritt	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.7.2026	13



Herr Kretschmer, wir erwarten ihren Anruf! 10-Punkte-Plan für Sachsen	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.7.2026	14
Terrordrohung in Zwickau: Heimflug für Syrer – aber sofort!	14
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	15
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	15
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	15
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	16
Täter in Trier war mutmaßlich Islamist.....	16
AfD stärkste Kraft in der Hauptstadt	16
Lauterbach verhöhnt deutsche Fachkräfte	17
Kuscheljustiz ist Freibrief für kriminelle Migranten!	17
AfD-Sofortprogramm nach der Bluttat von Trier.....	18
Sonntagsfrage Bundestagswahl Online-Umfrage vom 21.7.2026.....	18
Völlig ehrloses Verhalten, das die wahre Gesinnung zeigt!	19
Spritpreise steigen weiter: Steuern und Abgaben streichen!.....	20
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	20
Körperliche Auseinandersetzungen in Bautzen	20
Sechs Tote in Mutter-Kind-Heim: Stadel-Killer begeht Suizid	20
Kretschmer hält Brandmauer für nicht mehr zeitgemäß.....	20
Friesland: AfD-Politiker Sichert nicht für Landratswahl zugelassen	20
Video-Empfehlungen	21
Informationskanäle der AfD.....	21
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	21
Radio Klartext	21
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft.....	21
NIUS – Die Stimme der Mehrheit.....	21
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	21
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	21
Regionalgruppen im KV Bautzen.....	24
SPENDENKONTO.....	24
KONTAKT:.....	24

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

Aktuelles von unseren Landtagsabgeordneten

Doppelmoral auf höchster Ebene

Zunächst einmal: Zu einem Baby kann man den Eltern nur von Herzen gratulieren. Jedes Kind ist ein Geschenk.



Doch unabhängig davon stellt sich für viele die Frage nach der politischen Glaubwürdigkeit. Die CDU hat sich gegen die Leihmutterschaft ausgesprochen, da Mutter und Kind nicht zur Ware gemacht werden dürfen. Dennoch haben Jens Spahn und sein Ehemann den Weg über eine Leihmutter in den USA gewählt.

Was ich persönlich nicht verstehe: In Deutschland warten viele Kinder auf ein liebevolles Zuhause. Eine Adoption oder die Aufnahme eines Kindes wäre für mich ebenfalls ein Weg gewesen, einem bereits geborenen Kind eine Familie und eine Zukunft zu schenken.

Diese Frage richtet sich nicht gegen das Kind oder seine Eltern. Sie richtet sich an die politische Haltung und daran, ob das eigene Handeln mit den öffentlich vertretenen Positionen übereinstimmt. Denn Glaubwürdigkeit beginnt dort, wo Überzeugungen auch dann gelten, wenn man selbst betroffen ist. Genau darin liegt für viele der eigentliche Kern der Debatte.

Ebenso begrüße ich, dass Jens Spahn den CDU-Fraktionsvorsitz abgegeben hat. Unabhängig davon wird nun öffentlich darüber diskutiert, welche weiteren politischen Konsequenzen angemessen wären. Nach meiner persönlichen Auffassung sollte jemand, der erheblich an Vertrauen verloren hat, auch prüfen, ob ein Verbleib im Bundestag noch gerechtfertigt ist. Politische Verantwortung endet nicht zwangsläufig mit dem Rücktritt von einem Führungsamt.

Doreen Schwietzer, MdL
22. Juli 2026

Quelle: tagesschau.de

Brandmauerpolitik endlich beenden und mit AfD reden

Mehrere Medien, darunter auch die SZ, zitieren Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer aus dem „Handelsblatt“: „Wer noch über Brandmauern redet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Wir müssen mit jedem reden, der reden will.“

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter:

„Ich bin sehr verwundert über die Aussage des Ministerpräsidenten. Anstatt in den Medien über die



Sinnhaftigkeit der Brandmauer zu reden, hätte er jederzeit Jörg Urban und die AfD zu einem Gespräch einladen können.

Bislang war es immer die AfD in Sachsen, die an die CDU herangetreten ist, um über eine Zusammenarbeit zu sprechen. Auch wenn die CDU dies bislang ablehnt, sind wir, als AfD, jederzeit offen für Gespräche, die dem Freistaat dienen.

Unsere Missbilligung des sogenannten „Konsultationsmechanismus“ ist vollkommen richtig, weil wir diese Art der „Hintertürpolitik“ ablehnen. Wir haben demokratische Mittel des Austauschs im Landtag, z.B. die Ausschüsse und das Plenum, wo Anträge, Gesetze debattiert und abgestimmt werden.

Wir lehnen diese „Hintertürpolitik“ der Minderheitsregierung ab und stimmen im Landtag guten Anträgen aller Fraktionen zu.

Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, dass er seine scheinheilige und medienwirksame „Brandmauer“ Rhetorik in Taten umsetzt und das direkte Gespräch mit der AfD sucht.“

Frank Peschel, MdL
22. Juli 2026

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



The flyer is divided into several sections. At the top left, it says 'So können Sie gewinnen:' and describes a summer package for members. Below this is a photo of Jörg Urban, the district chairman. To the right, under 'Antrag einreichen:', it provides instructions on how to submit a membership application, including a postal service option and an email address. Further right, it says 'Gemeinsam für Deutschland: Jetzt AfD-Mitglied werden und...' followed by '...Sommerpaket gewinnen!'. At the bottom, it lists the AfD Kreisverband Bautzen's bank account (DE16 8505 0300 0225 7855 52) and social media links for Facebook. A small section at the bottom right mentions a drawing of lots for new members.



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Fr	24.07.2026	19.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	JUGEND-STAMMTISCH der Generation Deutschland APEROL-ABEND Gast: Karsten Hilse Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Do	30.07.2026	19.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	JUGEND-STAMMTISCH der Generation Deutschland 2. APEROL-ABEND Gast: Karsten Hilse Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mi	19.08.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Fr	21.08.2026	10.00-18.00 Uhr	Kornmarkt Bautzen	INFOSTAND des AfD Kreisverband Bautzen zum Tag der Oberlausitz
Mo	28.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.09.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:

www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

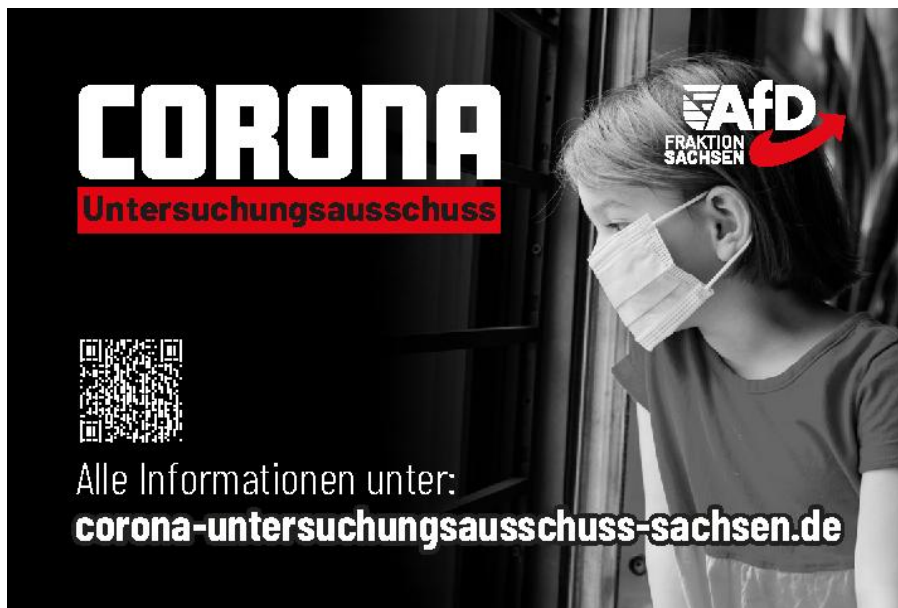
<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 19.7.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

Wie entledigt man sich einer im Volk beliebten Oppositionspartei? Am besten durch Verbot.

Doch wenn man diese nur schwer oder gar nicht verbieten kann, sich zudem – und das völlig zu Recht – vor den unübersehbaren Folgen eines gescheiterten Verbotsverfahrens fürchtet?

Dann sollte man auf niedrigerer Ebene ansetzen.

Wie wäre es mit dem Versuch, einzelnen AfD-Politikern ihr passives Wahlrecht zu nehmen. Und im Idealfall verbietet man ihnen auch noch, selbst zur Wahl gehen zu können.

Diese Idee kursiert – möglicherweise inspiriert von einem ähnlichen Verfahren gegen die konservative französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen – seit einiger Zeit in den Altparteien.

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück brachte sie am 14. Juni 26 im Podcast des BILD-Journalisten Paul Ronzheimer vor: „Mich wundert, warum nicht sehr viel stärker eine andere Möglichkeit in Anspruch genommen wird, nämlich einzelnen Vertretern der AfD das passive Wahlrecht zu entziehen, zum Beispiel Herrn Höcke.“

Die CSU sekundierte in der vorletzten Woche mit dem Vorschlag, den thüringischen Landesverband, an dessen Spitze Björn Höcke steht, zu verbieten.

Dahinter dürfte sich auch ein gewisser Neid verbergen, denn die AfD ist in Thüringen absolut stärkste Kraft. Björn Höcke ist dort sehr beliebt. Zu seinen [Veranstaltungen](#) kommen – im Gegensatz zu denen des Ministerpräsidenten und Ex-Doktor Mario Vogt – die Leute in Scharen.

Nun auch noch Jens Spahn: Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag ließ in einem Focus-Interview fast beiläufig und im Plauderton wissen: „Wie wäre es denn, wenn wir einfach mal ein Verfahren machen, und gucken, ob man jemandem extrem Rechten wie ihm (also Björn Höcke) seine aktiven und passiven Wahlrechte abnehmen kann?“

In der Tat sieht Artikel 19/3 unseres Grundgesetzes – im Rahmen des Konzepts der wehrhaften Demokratie – die Möglichkeiten vor, Organisationen und Parteien zu verbieten, aber auch einzelnen Bürgern die Grundrechte zu entziehen. Die Hürden dafür liegen allerdings sehr hoch.

Ein ordentliches Gericht (und nicht Politiker der Altparteien) müsste dem thüringischen AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden nachweisen, dass er die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung bewusst, und in kämpferisch-aggressiver Weise bekämpft.

Parteiverbot durch Hintertür?

**Wir lassen
uns nicht
einschüchtern!**

Jörg Urban





Weitere Aussagen Spahns wie „...er (Höcke) habe nicht alle Latten am Zaun...“ und „...er sage manchmal komische Dinge...“ dürften da nicht ausreichen.

Und – kleine Bemerkung am Rande: Würde das Aussprechen „komischer Dinge“ zum Ausschlusskriterium für Politiker werden, dürfe in Landtagen und dem Bundestag so mancher Platz frei werden.

Hinter Jens Spahns leichtfertigen, verantwortungslosen und eines Spitzenpolitikers unwürdigen Äußerungen steht der Wille zur politischen Willkür. Denn der CDU steht das Wasser bis zum Hals.

Friedrich Merz ist der unbeliebteste Bundeskanzler aller Zeiten – 85% der Deutschen sind unzufrieden mit seiner Amtsführung. Die Regierungskoalition rutscht von einem Umfragetief in das nächste.

Bundesweit steht die AfD kurz vor der 30%-Marke, im Osten teilweise über 40%. In Sachsen-Anhalt könnte im September die AfD den Ministerpräsidenten stellen.

Aus Spahns Worten spricht auch das komplette Scheitern im Umgang mit unserer AfD.

Wir erinnern uns: Vormalige Bundesregierungen wollten uns „wegregieren“ – gescheitert. Merz versprach, uns zu „halbieren“ – gescheitert. Man müsse die AfD „inhaltlich stellen“ – auch dieses Vorhaben ist gescheitert. Wir haben einfach das bessere Programm!

Die CDU verfällt in Panik und versucht es nun, angesichts der Wirkungslosigkeit ihrer bisherigen Rezepte, mit neuer Strategie. Sie setzt verstärkt auf Verteufelung der Opposition, Einschüchterung, Herabwürdigung des politischen Gegners und Autoritarismus.

Wen meint Spahn eigentlich mit „Wir“, wenn er sagt: „...wenn wir einfach mal ein Verfahren machen...“? Wer ist „Wir“? Meint er seine, sich im Niedergang befindliche Regierungspartei? Wenn diese darüber befindet, welcher Oppositionspolitiker gewählt werden darf, haben wir keine Demokratie mehr.

Altparteienvertreter beklagen angeblich autoritäre Gedankenspiele in der AfD, um sich selbst derartigen Phantasien hinzugeben. „Unsere Demokraten“ der selbsternannten „Politischen Mitte“ wollen die Demokratie retten, indem sie sie abschaffen. Denn nichts Anderes ist die angestrebte Ausschaltung der Opposition.

Liebe Leser,

auch ein Parteiverbot durch die Hintertür ist zum Scheitern verurteilt, ebenso der Versuch, unsere Partei durch derartige Angriffe auf die Grundrechte herausgehobener Politiker zu spalten.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/parteiverbot-durch-die-hintertuer-wir-lassen-uns-nicht-einschueechtern/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.7.2026

8 von 10 Kliniken in Gefahr – sächsische Krankenhäuser sichern!

Geschäftsführer sächsischer Krankenhäuser beklagen aktuell, dass ihre Kliniken massiv kaputtgespart werden. Sollten das Beitragsstabilisierungsgesetz und die Kürzungen von CDU-[Gesundheitsministerin](#) Nina Warken Realität werden, dann sind acht von zehn Kliniken in Sachsen existentiell gefährdet, wie Medien berichten. Kinderabteilungen und Geburtsstationen wird es zuerst treffen.



Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, betont:

„Die Politik der Bundesregierung gefährdet 80 Prozent der Krankenhäuser in Sachsen existentiell. Das Beitragsstabilisierungsgesetz für die Krankenversicherung wird auch die Kliniken in finanzielle Not bringen, die gerade noch so über die Runden kommen. Die Folge: Stationen und ganze Krankenhäuser müssen geschlossen werden. Das wird für die medizinische Versorgung Sachsens katastrophal sein. Ich sage: Solange die Bundesregierung Steuergeld in Milliardenhöhe an die Ukraine überweist, in die Rüstung investiert und für die Asylindustrie ausgibt, darf bei der medizinischen Versorgung in Deutschland nicht gespart werden. Denn Steuergeld ist da, es wird nur falsch eingesetzt.“

Um der Finanzmisere entgegenzuwirken, hat die AfD-Fraktion eine Änderung des Sächsischen Krankenhausgesetzes erarbeitet (Drs. 8/6537). Der Gesetzentwurf ist im Mai 2026 im Landtag in erster Lesung vorgestellt worden.

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Katja Dietz:

„In den zurückliegenden Haushaltsverhandlungen haben CDU und SPD die Investitionen in die Krankenhäuser jedes Mal niedriger angesetzt, als von Experten empfohlen. Dadurch hat sich allein in Sachsen ein Investitionsstau von rund 700 Millionen Euro gebildet. 1972 betrug die Investitionsquote der Bundesländer für die Krankenhäuser noch 25 Prozent. Inzwischen ist sie auf drei Prozent abgesackt. Unser Gesetzentwurf sieht vor, sie auf sechs Prozent zu verdoppeln.“

Wir wollen die jährliche Förderung je Planbett von 2.000 auf 4.000 Euro anheben. Zudem wollen wir gesetzlich regeln, dass jeder Bürger innerhalb einer bestimmten Zeit ein Krankenhaus mit Notfallversorgung erreichen kann. Wenn die Regierung acht von zehn Krankenhäusern in die Insolvenz treibt, würde das sehr weite Anfahrtswege bedeuten. Das dürfen wir nicht zulassen, weil das die Attraktivität unserer ländlichen Regionen schwer beschädigen würde.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/8-von-10-kliniken-in-gefahr-saechsische-krankenhaeuser-sichern/>

Wirtschaftskrise: Kretschmers »Anspruch auf Bildungsurlaub« ruiniert sächsische Unternehmen

Die sächsische [Wirtschaft](#) läuft weiterhin Sturm gegen den gesetzlichen Freistellungsanspruch auf Bildungsurlaub, der ab 2027 gelten soll. Arbeitgeberpräsident Jörg Brückner forderte jetzt, dass

dieser ausgesetzt werden soll. Die AfD-Fraktion hat nachgerechnet: Die finanzielle Belastung, die der Bildungsurlaub bei der sächsischen Wirtschaft verursachen würde, lässt sich auf ca. 100 Millionen Euro pro Jahr beziffern.

Frank Peschel, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Der Freistellungsanspruch auf Bildungsurlaub ist im Frühjahr 2026 von der SPD gegen den Willen der sächsischen Unternehmen in der CDU-SPD-Regierung Kretschmer durchgedrückt worden. Die SPD, die in Sachsen eine Kleinpartei mit 7 Prozent ist, demonstrierte dabei mal wieder eindrucksvoll, wie sie Ministerpräsident Michael Kretschmer und seine Regierungspartei CDU am Nasenring durch den Landtag führen kann. Diese wirtschaftsfeindliche Politik der CDU wird ab 2027 einen Schaden für unsere sächsische Wirtschaft in Höhe von über 100 Millionen Euro pro Jahr verursachen. Daher begrüßen wir die Forderung von Arbeitgeberpräsident Jörg Brückner ausdrücklich!



Das Anliegen des Bildungsurlaubs kommt für unsere sächsischen Unternehmen zur absoluten Unzeit. Die wirtschaftliche Lage ist schwierig, viele Unternehmen kämpfen ums Überleben. Wir müssen die Wirtschaft in diesen Zeiten entlasten, nicht belasten!

In Zeiten einer steigenden Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und dem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, muss alles dafür getan werden, um die sächsische Wirtschaft zu schützen. Bisher haben CDU und SPD nichts unternommen, um die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen signifikant zu verbessern. Wir werfen der Regierung Kretschmer deshalb vor allem eine unternehmerfeindliche Politik und völlig falsche Prioritätensetzung vor. Absolute Priorität haben aus unserer Sicht: Umfassender Bürokratie-Abbau, massive Steuersenkungen und günstige Energie.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wirtschaftskrise-kretschmers-anspruch-auf-bildungsurlaub-ruiniert-saechsische-unternehmen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 21.7.2026



John Rudat müsste heute wieder zum „Helden von Dresden“ werden

Dem US-Amerikaner John Rudat wurde im August 2025 in einer Dresdner Straßenbahn mit einem Messer quer durchs Gesicht geschnitten, nachdem er eine Frau vor einem gewalttätigen Syrer schützen wollte. Am Landgericht Dresden wird heute das Urteil gesprochen.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, kritisiert, dass es John Rudat heute nicht anders ergehen würde:

„John Rudat müsste heute, fast ein Jahr später, wieder zum ‚Helden von Dresden‘ werden. Beides – die Gewalt gegen die Frau und der Messerangriff auf Rudat – könnte heute in einer Dresdner Straßenbahn genauso wieder passieren. CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer und sein Innenminister Armin Schuster haben die Sicherheitslage in Sachsen in dem einen Jahr seit der Messerattacke nicht verbessern können. Sachsen hat weiterhin ein massives Problem mit steigender Gewaltkriminalität und immer mehr Messerangriffen – besonders von Syrern und anderen Migranten.

Hier nur drei Beispiele: Im Oktober haben zwei Syrer im Alter von 15 Jahren einen 19-jährigen Tschechen vor dem Hauptbahnhof Dresden mit einem Messer bedroht, ihn ausgeraubt und anschließend vergewaltigt. Im April hat eine Gruppe von etwa zehn jungen Syrern in Dresden-Gorbitz drei Männer mit Schlägen, Flaschen und einem Messer angegriffen. Am 30. Juni kontrollierten Einsatzkräfte der Bundespolizei einen Türken im Dresdner Hauptbahnhof. Er hatte eine illegale Schusswaffe bei sich, die mit sechs Patronen bestückt war.

Die Gewaltkriminalität ist an sächsischen Bahnhöfen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Laut Bundespolizei ist der Leipziger Hauptbahnhof das gefährlichste Pflaster in ganz Deutschland. 2025 wurden dort 859 Gewaltdelikte registriert. Gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stellte die Bundespolizei nicht-deutsche Tatverdächtige bei Gewaltdelikten 5-mal, bei Messerattacken 6-mal und bei Sexualstraftaten sogar 8-mal häufiger fest als deutsche Staatsangehörige.

John Rudat wurde zu Recht in der Öffentlichkeit zum ‚Helden von Dresden‘ gekürt. Wenig heldenhaft sind Michael Kretschmer und Armin Schuster, die die ausländische Gewaltkriminalität in Sachsen bis heute nicht in den Griff bekommen haben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/john-rudat-muesste-heute-wieder-zum-helden-von-dresden-werden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 22.7.2026

Michael Kretschmer ist „Mr. Brandmauer“ / Jörg Urban empfiehlt CDU-Mitgliedern den Parteiaustritt

Mitglieder der CDU sollen ihre Partei verlassen, empfiehlt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban. Hintergrund ist ein Interview von Ministerpräsident Michael Kretschmer mit dem Handelsblatt. Kretschmer fordert darin scheinheilig ein Ende der Brandmauerdebatte. „Wir müssen mit jedem reden, der reden will“, sagt der Ministerpräsident – und meint damit doch nur die Linke.

Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Michael Kretschmers Interview mit dem Handelsblatt ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Tatsächlich hat seine CDU in den Koalitionsvertrag mit der SPD bereits hineingeschrieben, dass beide die Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen. Michael Kretschmer ist „Mr. Brandmauer“ – zumindest in Richtung AfD. Von den Kommunisten lässt er sich



im Landtag gerne an der Macht halten. Dass die Linke der parlamentarische Arm der terroristischen Antifa ist, scheint ihn dabei auch nicht zu stören.

Die AfD beteiligt sich als zweitstärkste Fraktion im Sächsischen Landtag intensiv an der parlamentarischen Arbeit. Anfragen werden gestellt, Anträge und Gesetzentwürfe verfasst und eingereicht. Unsere Abgeordneten engagieren sich im [Corona](#)-Untersuchungsausschuss, der auf Antrag der AfD-Fraktion eingesetzt wurde. Ein AfD-Abgeordneter leitet die Enquete-Kommission Kommunalhaushalte. Die AfD-Fraktion stimmt Anträgen der anderen Fraktionen im Landtag zu, wenn diese sinnvoll sind. Andersherum ist das leider nicht der Fall: Viele gute Anträge und Gesetzentwürfe der AfD-Fraktion werden einfach nur deshalb abgelehnt, weil sie von der AfD kommen.

Kretschmers Machterhaltungsmodell mit der Linken wird der CDU in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern als Erfolgsmodell für den Herbst verkauft. Ich kann davor nur warnen und empfehle allen CDU-Mitgliedern: Tretet aus dieser CDU aus! Sie hat nichts mehr mit der früheren christlich-demokratischen Union zu tun!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/michael-kretschmer-ist-mr-brandmauer-joerg-urban-empfehl-t-cdu-mitgliedern-den-parteiaustritt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 23.7.2026

Herr Kretschmer, wir erwarten ihren Anruf! 10-Punkte-Plan für Sachsen



Das müssen wir umsetzen:
10-Punkte-Plan für Sachsen!



Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag, erwartet den Anruf von Michael Kretschmer:

„Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hat die Zeichen der Zeit erkannt – er will neuerdings ‚mit jedem reden, der reden will‘. Das hat er dem Handelsblatt gesagt. Zuletzt hatte Michael Kretschmer im November 2024 das Gespräch mit der AfD-Fraktion gesucht. Danach haben wir nichts mehr von ihm gehört. Wir warten auf seinen Anruf. In aktuellen Umfragen ist die AfD mit weitem Abstand stärkste Partei in Sachsen. Politik, die für unseren Freistaat gut ist, setzen wir auch mit der CDU um.

Die folgenden 10 Punkte müssen wir dringend gemeinsam angehen, Herr Kretschmer:

1. Die sächsische [Wirtschaft](#) wieder auf Erfolgskurs bringen
2. Günstige [Energie](#) für die Bürger und unsere [Wirtschaft](#) garantieren
3. Die Tankabzocke sofort stoppen, Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe streichen
4. Sachsen endlich sicherer machen, kriminelle Ausländer in ihre Heimatländer zurückschicken
5. Bauen einfacher, schneller und günstiger machen – dann gehen auch die Mieten runter

6. Einen neuen Haushalt ohne neue Schulden beschließen – damit unsere Kinder eine Zukunft haben
7. Linksextremen NGOs und Vereinen den Steuergeldhahn abdrehen
8. Steuern und Abgaben für Bürger und Unternehmen senken
9. Bürokratie abbauen, Stellen im Öffentlichen Dienst einsparen
10. Die Gesundheitsversorgung unserer Bürger in den Städten und auf dem Land garantieren

Die Liste lässt sich fortsetzen und in einigen Punkten müssen wir sicher auch mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Es wird aber dringend Zeit, dass wir damit anfangen. Wir warten auf ihren Anruf, Herr Kretschmer!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/herr-kretschmer-wir-erwarten-ihren-anruf-10-punkte-plan-fuer-sachsen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 24.7.2026

Terrordrohung in Zwickau: Heimflug für Syrer – aber sofort!

Die Polizei hat in Zwickau nach einem Hinweis auf eine mögliche Terrordrohung einen 13 Jahre alten Syrer festgenommen. Der Junge wurde abgeführt, sein Vater bis in die frühen Morgenstunden befragt. Er soll einer Einweisung seines Sohnes in eine Psychiatrie zugestimmt haben.

Jonas Dünzel, migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Was sind das für Flüchtlinge, die in Sachsen Terrordrohungen ins Internet stellen? Warum sind die überhaupt noch in Sachsen? Ihr Heimatland Syrien ist so sicher, dass Syrer aus Deutschland zum Urlaub nach Syrien fliegen. Und wir beherbergen in Zwickau auf Kosten sächsischer Steuerzahler eine syrische Familie, deren Sohn Terrordrohungen ins Internet stellt? Da sage ich: Heimflug – aber sofort!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/terrordrohung-in-zwickau-heimflug-fuer-syrer-aber-sofort/>





Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Täter in Trier war mutmaßlich Islamist

Am 15. Juli erstach der 22-jährige Afghane Sajad M. den gleichaltrigen Studenten Marius Dick auf offener Straße in Trier mit einem Küchenmesser. Ein gezielter Stich ging direkt ins Herz. Obwohl Bekannte den Täter als gut integriert beschreiben, zeigen Recherchen deutliche Hinweise auf eine islamistische Gesinnung: Auf Facebook teilte er Symbolik wie den Tauhid-Finger, Piktogramme mit Schwertern und Posts des islamistischen Kampfsportlers Khabib Nurmagomedov.

Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Integration wurden in den vergangenen Jahren unzählige Menschen unkontrolliert ins Land gelassen. Niemand weiß genau, wer sich im Land aufhält und welche radikalen Ideologien im Verborgenen mitgebracht wurden. Wer die Gefahren des extremistischen Islamismus verharmlost oder hinter der Fassade des unauffälligen Nachbarn ignoriert, gefährdet die Gesundheit und das Leben der eigenen Bürger immer weiter.

Statt die Augen vor der Realität zu verschließen, ist nun ein grundlegendes Umsteuern geboten. Nur eine konsequente Wende in der Asylpolitik und ein entschlossenes Vorgehen gegen islamistische Gefährder können den Schutz der Bürger garantieren und die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherstellen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1558163019012674&set=a.797289411766709>

AfD stärkste Kraft in der Hauptstadt

Ein politisches Beben erschüttert die Hauptstadt: Laut einer aktuellen Insa-Umfrage im Auftrag von „Nius“ ist die AfD mit 19 Prozent erstmals stärkste Kraft in Berlin. Während die CDU um zwei Prozentpunkte auf 18 Prozent rutscht, verliert die SPD drei Punkte und landet bei mageren 13 Prozent. Die Grünen erreichen 16 Prozent, die Linkspartei klettert auf 18 Prozent. FDP und BSW würden mit jeweils vier Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Zuvor trat der Regierende Bürgermeister Kai Wegner von seiner Spitzenkandidatur zurück, nachdem Falschangaben über seine Telefonate nach dem Terroranschlag auf die Berliner Energieversorgung aufflogen.



Dieses historische Ergebnis offenbart das tiefe Misstrauen der Bürger in die etablierte Politik. Die Wähler strafen die falsche Kommunikation und das Versagen der Union im Krisenmanagement gnadenlos ab. Es ist offensichtlich, dass die Berliner die Nase voll haben von unglaublichen Akteuren und dem anhaltenden Chaos der Altparteien. Die Hauptstadt sehnt sich nach einer echten politischen Wende und einer verlässlichen Führung, die die Interessen der eigenen

Bevölkerung endlich wieder konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Die Zukunft Berlins kann nur mit einer starken und ehrlichen Kraft gestaltet werden. Die AfD unter Kristin Brinker steht bereit, um die politische Verantwortung zu übernehmen und die Hauptstadt aus der Krise zu führen. Es ist Zeit für einen grundlegenden Neuanfang, der die drängenden Probleme mit Kompetenz und Entschlossenheit anpackt.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1557575215738121&set=a.797289411766709>



Lauterbach verhöhnt deutsche Fachkräfte

Der SPD-Politiker Karl Lauterbach sorgt auf der Plattform X mit hämischen Äußerungen über junge, leistungswillige Leistungsträger für massive Empörung. Als Reaktion auf Berichte über die Auswanderungsabsichten junger Unternehmer ätzte der frühere Minister über Talente, die mit hohen Rentenbeiträgen nicht klarkommen, und behauptete, auf diese Leute könne man verzichten. Dabei untermauern offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamtes den Ernst der Lage: Im vergangenen Jahr wanderten bis zu 288.500 deutsche Staatsbürger aus. Rund drei Viertel dieser Auswanderer sind jung und hochqualifiziert mit einem Hochschulabschluss.

Diese herablassenden Äußerungen offenbaren die tiefe Verachtung der SPD-Politik gegenüber den eigenen Leistungsträgern, die mit ihrer Arbeit den gesamten Sozialstaat überhaupt erst finanzieren. Anstatt die Ursachen für die Talentflucht wie lähmende Abgabenlasten zu bekämpfen, verhöhnt die SPD die Leistungsträger und tauscht unsere jungen, kreativen und leistungswilligen echten Fachkräfte gegen Sozialleistungsbezieher aus. Das systematische Vertreiben der fleißigen Köpfe führt direkt in den wirtschaftlichen Niedergang unseres Landes, während gleichzeitig die eigenen Bürger beleidigt werden.

Wir fordern eine radikale Kehrtwende in der Steuer- und Abgabenpolitik, um Leistung wieder attraktiv zu machen und junge Talente im Land zu halten. Nur eine Politik, die Fleiß und Unternehmertum wertschätzt, kann diesen zerstörerischen Trend stoppen. Wir müssen die Abwanderung unserer Leistungsträger verhindern und die wirtschaftliche Substanz unseres Landes sichern.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1557458039083172&set=a.797289411766709>

Kuscheljustiz ist Freibrief für kriminelle Migranten!

Das Landgericht Dresden hat die vorbestraften Syrer Ismail Alhaj H. und Majd A. nach einem brutalen Messerangriff in einer Straßenbahn zu milden Jugendstrafen verurteilt. Die Täter hatten zuvor eine junge deutsche Frau belästigt. Als der US-Amerikaner John Rudat couragiert einschritt, zerschnitt ihm der Haupttäter mit einem Cuttermesser das Gesicht und hinterließ dauerhafte Schäden. Der Haupttäter erhielt lediglich eine dreijährige Jugendstrafe, während sein Komplize trotz einer langen Liste an Vorstrafen mit einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und acht

Monaten davonkam.

Dieses skandalöse Urteil sendet ein verheerendes Signal an die Gesellschaft und macht wehrlose Bürger sowie mutige Helfer zu Freiwild. Auch das Opfer zeigt sich zutiefst schockiert über eine Justiz, die gewalttätige Intensivtäter schont, obwohl diese bereits wegen Drogenhandels, Raubs und Angriffen auf Polizisten bekannt waren. Der bloße Entzug des Schutzstatus durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge reicht bei weitem nicht aus, solange die tatsächliche Abschiebung der Kriminellen in den Sternen steht.

Wir fordern das sofortige Ende dieser gefährlichen Kuscheljustiz und die konsequente Abschiebung krimineller Migranten ohne Wenn und Aber. Die CDU-geführte Bundesregierung versagt beim Schutz der eigenen Bevölkerung auf ganzer Linie. Nur eine starke AfD garantiert die nötige Härte des Rechtsstaates, um die Sicherheit auf unseren Straßen wiederherzustellen und ausländische Straftäter ohne Verzug außer Landes zu bringen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1556775252484784&set=a.797289411766709>



AfD-Sofortprogramm nach der Bluttat von Trier

Die tödliche Messerattacke eines Afghanen auf den 22-jährigen Studenten Marius Dick in Trier zeigt erneut den dringenden Handlungsbedarf in der Migrations- und Sicherheitspolitik unseres Bundeslandes. Denn Trier ist kein Einzelfall. Die Eltern des Opfers beklagen zu Recht: „So kann es in Deutschland nicht weitergehen.“ Um den Schutz der Bürger im öffentlichen Raum wiederherzustellen und die rechtsstaatliche Ordnung durchzusetzen, fordert die AfD Rheinland-Pfalz die Umsetzung eines Sofortprogramms: <https://alternative-rlp.de/afd-sofortprogramm/>

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1556680009160975&set=a.797289411766709>

Sonntagsfrage Bundestagswahl | Online-Umfrage vom 21.7.2026

Vorsprung zu CDU/CSU nun bei 8,5 Prozentpunkten: Für die Union rückt die 20% Marke immer näher, während die Zustimmung zu Merz' Politik sinkt. Deutschland will die politische Wende - mit der AfD!



Völlig ehrloses Verhalten, das die wahre Gesinnung zeigt!

Bei der zentralen Gedenkfeier zum Jahrestag des Hitler-Attentats im Berliner Bendlerblock kam es zu einem beschämenden Zwischenfall. Tobias Korenke, der Großneffe des Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer, versuchte gewaltsam, einen Gedenkkranz der AfD-Bundestagsfraktion zu entfernen. Nur das Eingreifen von Sicherheitsmitarbeitern verhinderte Schlimmeres, wobei der Kranz beschädigt wurde. Der historische Ort, an dem Claus Schenk Graf von Stauffenberg und weitere Mitverschwörer nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 erschossen wurden, wurde so zur Bühne für eine ehrlose Aktion. Wer so ehrlos agiert, beschmutzt nicht nur das Andenken an die einstigen Widerstandskämpfer - sondern auch die Demokratie.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=155547772614532&set=a.797289411766709>





Spritpreise steigen weiter: Steuern und Abgaben streichen!

Seit Montag verteuerten sich Super und E10 bundesweit um jeweils 18 Cent, Diesel um 19 Cent pro Liter. Super kostet inzwischen 2,340 Euro im Durchschnitt, E10 2,290 Euro und Diesel 2,320 Euro. Für 50 Liter Super oder E10 zahlten Autofahrer also noch einmal 9 Euro mehr, für Diesel 9,50 Euro.

Die Eskalation im Nahen Osten und Angriffe in der Straße von Hormus treiben zwar die Notierungen. Dabei kassiert jedoch der Staat massiv über Mehrwertsteuer, Energiesteuern und Klimaabgaben an jedem Liter mit. Der Hauptpreistreiber an deutschen Tankstellen ist die Bundesregierung, die sich die Taschen füllt – nicht der Ölpreis.

Die AfD will die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe senken, die EU-Energiesteuer auf ein Minimum drücken und die Klimaabgabe streichen. Das wäre echte Entlastung an der Zapfsäule. Steuern und Abgaben müssen sofort runter, statt Bürger und Wirtschaft weiter auszubluten.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1555208295974813&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Körperliche Auseinandersetzungen in Bautzen

<https://www.lausitznews.de/artikel/bautzen-koerperliche-auseinandersetzungen/vu3jb18b02>

Sechs Tote in Mutter-Kind-Heim: Stade-Killer begeht Suizid

https://www.focus.de/panorama/welt/stade-killer-begeht-suizid-im-gefaengnis_66406bb4-81f6-47e5-8e1f-a6b2a431162e.html

Kretschmer hält Brandmauer für nicht mehr zeitgemäß

<https://www.n-tv.de/politik/Kretschmer-haelt-Brandmauer-fuer-nicht-mehr-zeitgemaess-id31111451.html>

Friesland: AfD-Politiker Sichert nicht für Landratswahl zugelassen

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/friesland-afd-politiker-sichert-nicht-fuer-landratswahl-zugelassen,sichert-100.html



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/



Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadtbautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/



Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen